

Gemeinsam den Strukturwandel gestalten!

Eine Solidaritätsbekundung aus dem Rheinischen und dem Lausitzer Revier

Wir, die Bürgermeister der Städte Bedburg und Vetschau/Spreewald, sind uns einig und erklären unsere Solidarität mit den Menschen in allen Braunkohlenrevieren Deutschlands, deren Zukunft von einem gelungenen Strukturwandel abhängt.

Der Strukturwandel stellt nicht nur unsere Städte, sondern ganze Regionen vor große Herausforderungen. Die Energiewende und die Frage, wie die Bundesregierung die Klimaschutzziele bis zum Jahr 2050 unter anderem im Stromsektor erreichen will, führen in den von der Kohleverstromung abhängigen Regionen unweigerlich zu Problemen, die jetzt gelöst werden müssen. Die Stadt Bedburg, als Teil des Rheinischen Reviers, und die Spreewaldstadt Vetschau, als Teil des Lausitzer Reviers, sind seit 1990 Partnerstädte und gleichermaßen betroffen. Sowohl in der Lausitz als auch im Rheinland sind große Teile der Bevölkerung von der Kohle- und Energiewirtschaft abhängig. Ein Wegfall vieler Arbeitsplätze ist bereits jetzt gegeben und künftig vorgezeichnet.

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung soll bis Ende November 2018 Ergebnisse gewonnen und Ziele für einen gelungenen Strukturwandel erarbeitet haben, die die Schaffung einer konkreten Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze beinhalten soll. Mit Blick auf den Zwischenbericht der „Kohlekommission“ vom 25. Oktober 2018 und die sehr knapp bemessene Zeit für die Erarbeitung dieses Berichts haben wir große Zweifel, dass hieraus passgenaue Lösungen für die Menschen in allen Revieren resultieren. Wir sehen die große Gefahr, dass Lösungen nur für einen Teil der Gesellschaft und einen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der im Energiesektor tätigen Unternehmen gefunden werden. Der Zwischenbericht zeigt bereits, dass nur ein geringer Teil der Beschäftigten durch die dort aufgezeigten Maßnahmen eine direkte Anschlussbeschäftigung finden kann. Wir fragen uns, was mit den vielen anderen Menschen wird, die gegebenenfalls nicht mehr in der Lage sind, sich beruflich völlig neu zu orientieren?

Ein weiteres Problem sehen wir in der Bereitstellung und Verteilung der vorgesehenen Kompensationsmittel. Insgesamt werden in Deutschland grob geschätzt 60 Milliarden Euro für die Bewältigung des Strukturwandels benötigt. Diese Summe muss in den nächsten Jahren zielbringend in allen betroffenen Regionen eingesetzt werden, ohne dabei hohe bürokratische Hürden aufzubauen. Bei der Verteilung der Gelder dürfen die Reviere nicht gegenseitig ausgespielt werden. Jedes Revier, egal ob Rheinisches, Lausitzer, Mitteldeutsches oder das frühere Helmstedter Revier, hat einen Anspruch auf die für sie notwendige Förderung. Hierbei sollte ein Dialog zwischen den Revieren stattfinden, um eine zielgerichtete Abstimmung zwischen den Revieren zu ermöglichen.

Viele Fragen sind offen. Können wir uns das in der gegenwärtigen Situation leisten? Wir denken: Nein! Die Menschen in den Braunkohlerevieren haben ein Recht darauf, dass man sich für die Maßnahmen eines geordneten und damit erfolgreichen Strukturwandels die nötige Zeit nimmt. Hierfür treten wir ein und erklären wir uns revierübergreifend solidarisch.



Sascha Solbach
Bürgermeister Stadt Bedburg

19. NOV. 2018



Bengt Kanzler
Bürgermeister Stadt Vetschau/Spreewald